

06/ 2018 Pressemitteilung vom 23.04.2018 des AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP e.V.

Kirchenasyl in Gefahr

Anlässlich des anstehenden Strafprozesses gegen einen Pfarrer aus Hochspeyer (Pfalz), der einem jungen Mann Kirchenasyl gewährt hatte und dem nunmehr der Prozess vor dem Amtsgericht in Kaiserslautern wegen „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt“ gemacht werden soll, drücken der Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz und der Initiativausschuss Rheinland-Pfalz ihre Solidarität mit dem angeklagten Pfarrer aus.

„Kirchenasylgebende Gemeinden stehen seit einiger Zeit in Rheinland-Pfalz vielfach unter einem massiven Druck der Ausländerbehörden“, kritisiert Pierrette Onangolo, die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates Rheinland-Pfalz.

Nach der Räumung eines Kirchenasyls in Ludwigshafen im Mai 2017 waren der Aufschrei und das Entsetzen groß. In der anschließenden Landtagsdebatte am 31. Mai 2017 betonten die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und Grüne übereinstimmend, das Kirchenasyl sei eine „wichtige und richtige Rechtstradition“ (Susanne Ganster CDU) und „ein kostbares Gut in unserer christlich geprägten Gesellschaft“ (Barbara Schleicher-Rothmund (SPD)).

„Bloße Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden im Landtag nutzen den Menschen aber nichts, fasst Roland Graßhoff, der Geschäftsführer des Initiativausschusses für Migrationspolitik Rheinland-Pfalz zusammen. „Auch nach der Räumung in Ludwigshafen wurden kirchenasylgewährende Gemeinden in Rheinland-Pfalz angegangen und in Angst und Schrecken versetzt, so Graßhoff weiter.

Der Prozess gegen den Pfarrer aus Hochspeyer ist der bisherige Höhepunkt einer Eskalation die bundesweit ihres Gleichen sucht. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik sind sowohl Kirchenasyle nicht mehr vor der Räumung sicher und (!) beteiligten Pfarrer/innen und Gemeinden zugleich der Gefahr von Strafanzeigen ausgesetzt.

Die Strafanzeige der Ausländerbehörde Kaiserslautern gegen den Hochspeyrer Pfarrer ist kein Einzelfall. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Strafanzeigen gegen Kirchengemeinden, die nach Prüfung durch die Staatsanwaltschaft allerdings im Sande verliefen. „Diese Praxis war offensichtlich sowohl dem Justiz- als auch dem Integrationsministerium nicht bekannt. Es ist bezeichnend, dass in einzelnen Kommunen an den vorgesetzten Stellen auf Landesebene vorbei eine Praxis der Einschüchterung Einzug gehalten hat“, geben Pierrette Onangolo vom Flüchtlingsrat RLP und Roland Graßhoff vom Initiativausschuss für Migrationspolitik RLP zu bedenken.

Kirchenasyl wird ausschließlich als *ultima ratio* angewandt. Sie ist Ausdruck christlicher Nächstenliebe für Menschen, die vielfach in ausweglose und menschenrechtwidrige Situationen abgeschoben werden sollen. Kirchenasyl stellt nicht den Rechtsstaat in Frage, sondern sie stellt ihm berechnete Fragen im Hinblick auf den Umgang mit Menschen und Menschenrechten.

Eine Verurteilung des Pfarrers wäre ein Schlag ins Gesicht all jener, die sich bei uns für Flüchtlinge und eine humanitäre Gesellschaft einsetzen. Zudem wird die Landesregierung dazu aufgefordert, sich für einen effektiven und nachhaltigen Schutz des Kirchenasyls einzusetzen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

AK Asyl RLP - Flüchtlingsrat RLP e.V.

Leibnizstraße 47

55118 Mainz

Pierrette Onangolo /

Nina Gartenbach

info@asyl-rlp.org

Tel.: 06131 - 4924734